

KLARTEXT

DATEN & FAKTEN ZUR AKTUELLEN SPARDISKUSSION

Ein fiktives Interview

theaterhagen

bewegt seit 1911

Der Vorwurf lautet häufig: Das Theater hat in der Vergangenheit gar nicht gespart! Was ist denn da dran?

Spätestens seit 2002 sind Einschnitte im Theaterbetrieb vorgenommen worden. Beispielsweise ist das Orchester nach der gescheiterten Fusion von 68 auf 60 Stellen reduziert worden. Gleichermaßen sind im laufenden Betrieb Personaleinsparungen vorgenommen worden. Darüber hinaus wurde ein Kinder- und Jugendtheater gegründet, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden.

2002 ist nun 13 Jahre her. Seitdem hat sich viel verändert und auch andere Bereiche mussten in den letzten Jahren sparen! Da kann das Theater keine Sonderrolle beanspruchen. Hält sich das Theater da heraus?

Das Theater hat nie eine Sonderrolle beansprucht und sich allen bisherigen Einsparbeschlüssen gestellt und diese auch umgesetzt. Dazu ist es von der Fa. Actori in den Jahren 2006 und 2007 komplett auf Optimierungen und Einsparpotentiale hin untersucht worden. Der Rat der Stadt Hagen hat dann die Umsetzung des „Szenario 2b“ mit einem Einsparvolumen von ca. 900 T € brutto beschlossen. Diese Summe reduzierte sich um notwendige Investitionen.

Es wird doch immer gesagt, die Einsparungen sind gar nicht erzielt worden. Was stimmt denn nun?

Diese Behauptung ist nicht neu, aber trotzdem falsch. Bereits im April 2009 hat dieselbe externe Firma das Theater erneut untersucht und festgestellt, dass die bis dahin bereits erzielten Einsparungen sogar über dem prognostizierten Ergebnis lagen, immerhin damals schon über 530 T€. Die verbleibenden Maßnahmen (z. B. zusätzliche Angebote, zusätzliche Konzerte etc.) wurden in den Folgejahren umgesetzt. Das kann zweifelsfrei auch anhand des Programmangebotes von jedermann überprüft werden.

Die Haushaltssituation hat sich aber auch seit 2009 erneut verschlechtert, es müssen alle Einrichtungen Einschnitte durch weitere Sparrunden hinnehmen. Hat sich das Theater da nicht ausgeklinkt?

Auch im Theater ist die Haushaltssituation stets berücksichtigt worden und es hat sich auch an allen Sparrunden gewissenhaft beteiligt. Aufgrund der Studie vom April 2009, die ohne Spartenschließungen ein maximales Einsparpotential von weniger als 900 T € identifizierte, wurde vom Rat der Stadt im Zusammenhang mit der sogenannten „Zukunftskommission“ ein weiterer Sparbeschluss gefasst. Das Theater sollte zusätzliche 800 T€ einsparen, eine Anrechnung der Einsparungen vor 2009 wurde dabei ausdrücklich ausgeschlossen. Von den 800 T€ sollten 500 T € durch die schon damals vorgesehene Rechtsformänderung erzielt werden. Nachfolgend ein Auszug aus dem Bericht der Zukunftskommission, der die Grundlage der Ratsentscheidung vom 25.06.2009 war:

„B) Votum der Stadt Hagen

Die Vertreter der Stadt Hagen verkennen nicht, dass Theater und Orchester einen hohen Zuschussbedarf im Vergleich zu anderen Einrichtungen aufweist. Auf der anderen Seite konnten in den letzten Jahren Tarif- und allgemeine Preissteigerungen im Theater nur durch massive Sparmaßnahmen aufgefangen werden.

Das zweite Actori-Gutachten zeigt auf, welche gravierenden Auswirkungen die einzelnen Szenarien auf den Spielbetrieb von Theater und Orchester haben. Bereits bei relativ geringen Einsparvolumina über 0,9 Mio € muss das selbstbespielte Musiktheater aufgegeben werden. Das zweite Actori-Gutachten weist deutlich auf die negativen Auswirkungen eines solchen Schrittes auf das Image der Stadt und auch die Akzeptanz beim Publikum hin.

Ein entscheidender Aspekt für die Vertreter der Stadt Hagen ist darüber hinaus, dass die von der Bezirksregierung vorgeschlagene Aufgabe des eigenbespielten Musiktheaters nur durch 113 betriebsbedingte Kündigungen umsetzbar ist. Einvernehmliche Vorgabe zwischen Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister war der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Diese Grundlage für die Arbeit der Zukunftskommission muss auch beim Theater gelten.

Die Netto-Ersparnis würde im Jahr 2014 um einmalige Abfindungskosten von 5,3 Mio. € gemindert. Für diese Netto-Ersparnis müsste jedoch das eigenbespielte Musiktheater gänzlich aufgegeben werden.

Vor dem Hintergrund dieser Bedenken können die Hagener Vertreter dem Vorschlag der Bezirksregierung nicht folgen. Der Rat der Stadt Hagen hat die Firma Actori wie dargestellt mit einem zweiten Gutachten beauftragt, das mittelfristige Sparszenarien zwischen 0,9 und 4,9 Mio. € Einsparsumme beschreibt. Die sich daraus ergebenden kassenwirksamen Beträge für das Jahr 2014 betragen 0,5 – 0,8 Mio. €, 3 Mio. € und 4,3 Mio €. Die Hagener Vertreter können hier der Abwägungsentscheidung des Rates nicht vorgreifen. Aus dieser Sicht kann hier maximal ein Einsparvolumen von effektiv 0,8 Mio. € im Jahr 2014 eingeplant werden.

Dabei ist in diesem Betrag die vom Rat der Stadt Hagen im Juni 2008 beschlossene Summe von 500.000 € (Rechtsformänderung oder Schließung des Ballett) enthalten. Der darüber hinaus notwendige Personalabbau soll über Fluktuation und Anreizsysteme erreicht werden.

Das hört sich ja genau so an, wie das Theater in der aktuellen Einspardiskussion argumentiert.

Das ist richtig, auch wenn es damals der Kämmerer und Kulturdezernent war, der dies richtigerweise so formulierte. Die Rahmenbedingungen für eine Umsetzung haben sich bis heute auch nicht geändert.

Und was ist dann nach 2009 geschehen?

Die Umsetzung dieser Maßnahmen sind über das sogenannte HSK 2011 eingestellt und durch viele kleinere und größere Maßnahmen im Theater abgearbeitet worden. Dazu gehörten einmalige wie strukturelle Maßnahmen, auch z. B. Teilprivatisierungen. Leitende Maßgabe für die Handlungsmöglichkeiten des Theaters war der wichtige, einstimmig getroffene Ratsbeschluss vom 16.12.2010: (Vorlage 791-3E/2010): „Der Rat bekennt sich zum Hagener Bürgertheater mit all seinen Sparten. Auch für die Zukunft muss ein selbstbespieltes Haus das Ziel aller Bemühungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bleiben“. (...)

Aber durch die erst 2015 umgesetzte Rechtsformänderung sollten doch auch 500 T€ eingespart werden. Ist dies denn schon geschehen?

Im Prinzip ja, in den Jahresbudgets ab 2014 sind bereits die mit der Gründung der gGmbH vorgesehenen Einsparungen eingeplant, d. h. dem Budget von vornherein entzogen. Insgesamt sind in den Wirtschaftsplänen, die mit der Gründung dem Rat vorgelegt worden sind, 1,25 Mio. € an Einsparungen bereits eingearbeitet. Das Theater hat jetzt die keinesfalls leichte Aufgabe, mit dem bereits gekürzten Budget auszukommen. Allerdings sind die Tarifierhöhungen in dem Budget noch nicht enthalten und müssten hinzugerechnet werden.

Bis wann muss denn das Theater dieses Ziel erreichen?

Die Haushaltsplanung sieht eine Realisierung bereits bis Ende 2016 vor. Eigentlich sollte das Theater die Einsparung in drei Jahren erreichen. Durch die verschobene Gründung allerdings wurde das gesamte Jahr 2014 mitgerechnet, obwohl das Theater noch das ganze Jahr ein Regiebetrieb war. Es besteht daher auch heute schon ein erhebliches Risiko, zunächst einmal das gemeinsam gesteckte Ziel zu erreichen.

Dann konnte in 2014 also noch gar nichts eingespart werden.

Doch, es wurde trotzdem eingespart mit den Möglichkeiten, die zur Verfügung standen. Wie alle Fachämter erinnert sich das Theater auch heute noch an die Haushaltssperre in der zweiten Jahreshälfte und die damit verbundenen Einschränkungen. Der Spielbetrieb konnte jedoch dennoch aufrechterhalten werden, auch weil neben weiteren Einsparungen Verschiebungen bei Beschaffungen und anderen kostenintensiven Maßnahmen vorgenommen wurden.

Und ab 2015 wurde dann nicht mehr eingespart? Schließlich heißt es, der Zuschuss sei so hoch wie nie zuvor. Stimmt das denn nicht?

Durch den hohen Personalkostenanteil im Theater wirkt sich jede Tarifierhöhung enorm aus. 2,5 % Tarifsteigerung bedeuten insgesamt fast 350 T€ zusätzliche Personalkosten. Das heißt auch, dass eine an irgendeiner Stelle erzielte Einsparung oder Einnahmesteigerung von z. B. 100 T€/Jahr trotzdem zu einem höheren Gesamtzuschussbedarf führt. Diese Relationen werden auch in Zukunft nicht geändert werden können. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass eine weitere Personalreduzierung dazu führen muss, dass der Vorstellungsbetrieb, durch den das Theater die Einnahmen erzielt, zumindest nicht mehr in dem jetzigen Umfang aufrecht zu erhalten wäre. Die damit verbundenen Einnahmeverluste würden sich wiederum negativ auf den Zuschussbedarf auswirken. Zur aktuellen Zuschusshöhe muss bedacht werden: In der Zeit als Regiebetrieb wurden die anteiligen Umlagen für stadtinterne Leistungsbeziehungen nicht auf die Zuschusshöhe angerechnet. Heute ist das anders, weil das Theater diese Leistungen der anderen Einrichtungen der Stadt natürlich bezahlt. Und da tauchen erhebliche Posten auf, die vorher gar nicht abgebildet worden waren. Um überhaupt ansatzweise eine Vergleichbarkeit mit dem Zuschussbedarf der Vorjahre zu ermöglichen, müsste mindestens dieser Anteil, ca. 950 T€, vom aktuellen Zuschussbedarf abgezogen werden. Und dann sieht die Sache ganz anders aus. Im Übrigen muss im Hinblick auf die öffentliche Berichterstattung der Hinweis erlaubt sein, dass auch die Kosten für Abfallentsorgung, Strom, eine Handwerkerstunde und vieles andere mehr heute höher sind als in den letzten hundert Jahren. Das Theater ist als städtische Gesellschaft auch per Gesellschaftsvertrag verpflichtet, die gesetzlichen und tariflichen Rahmenbedingungen einzuhalten, einschließlich der bisher für die Stadt geltenden Dienstvereinbarungen. Das ist, auch aus Sicht der Theaterleitung, eine richtige Entscheidung der Stadt gewesen. Aber es schränkt naturgemäß die Handlungsmöglichkeiten ein.

Was heißt das denn jetzt für die anstehende Diskussion und wie kann das erklärte Ziel erreicht werden?

Eine Einsparung von 1,5 Mio € ab 2018 ist unter den aktuellen Bedingungen nicht allein durch Fluktuation oder organisatorische Maßnahmen zu erreichen. Natürlich wäre auch die Erhöhung von Eintrittspreisen ein Baustein. Dies wird jedoch notwendigerweise bereits zur Zielerreichung in 2016 vorgesehen. Weitere Preiserhöhungen ab 2018 sind grundsätzlich möglich, jedoch ist die Durchsetzung „am Markt“ mit Risiken verbunden. Darüber hinaus kann auch eine Personalreduzierung nur im Rahmen der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Betriebes erfolgen. Ein massiver Einschnitt im Volumen von 1,5 Mio. € würde nur durch einen Neuanfang ermöglicht werden, der weder die aktuelle Ausrichtung noch die bestehende Personalsituation oder die Einschränkungen durch Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen berücksichtigen muss. Das ist bis heute aber nicht die Beschlusslage.

Nun wird aber doch auf andere Häuser verwiesen, die z. B. ein selbstbespieltes Musiktheater, sogar mit eigenem Schauspielensemble, für „nur“ 10 Mio. € Personalkosten anbieten können. Wieso geht das in Hagen nicht?

Ja, das Theater Pforzheim wird gern plakativ angeführt, um eine Vergleichbarkeit zu suggerieren, die so nicht gegeben ist. Selbst bei einem reinen Zahlenvergleich muss zunächst festgestellt werden, dass die genannten Vergleichszahlen so nicht stimmen. Erstens müssen mindestens die gleichen Jahre verglichen werden, zweitens müssen die vollständigen Daten genannt werden. Im Vergleich mit den Daten aus 2015 betragen die vergleichbaren Personalkosten in Pforzheim nicht 10 Mio. €, sondern mind. 11,25 Mio. €, da ein Teil der Personalkosten aus einem anderen Haushaltsbereich bezahlt wird. Zusätzlich muss darauf hingewiesen werden, dass Pforzheim ein eigenes Kammerorchester unterhält. Dafür entsteht ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von weiteren 1,45 Mio. €/Jahr. Die Ausgaben entstehen im Übrigen in einer Stadt mit knapp 120.000 Einwohnern, die damit 70.000 Einwohner hinter Hagen liegt. Da wird eine Vergleichbarkeit mit sehr selektiver Blickrichtung vorgenommen, denn gleichzeitig wird argumentiert, Hagen müsse sich auf eine Einwohnerzahl von 160.000 einrichten.

Dennoch sind solche Beispiele im Sinne eines „best practice“ Modells hinsichtlich ihrer Umsetzungsmöglichkeit auf unsere Verhältnisse zu prüfen. Daran sind wir schon von Haus aus interessiert. Allerdings auch unter der Berücksichtigung der unterschiedlichen Voraussetzungen wie z. B. eine moderne Bühnentechnik. Das Haus in Pforzheim ist 1990 neu erbaut worden und verfügt gegenüber dem Theater Hagen über eine moderne technische Ausstattung, die in verschiedenen Bereichen zur Schonung personeller Ressourcen beiträgt (Aufzüge, Bühnentechnische Einrichtungen, Akustik, Licht- und Tonsteuerungen etc.). Das Große Haus weist 511 Sitzplätze auf. Die Besucherzahl liegt mit insgesamt 128.000 (Spielzeit 2013/2014) deutlich unter der des Theater Hagen.

(Fortsetzung: Seite 5)

Wie schwierig einfache Zahlenvergleiche zwischen Einrichtungen verschiedener Städte sind, zeigt auch ein anderes Beispiel aus Pforzheim, nämlich ein Blick auf die Personalaufwendungen (incl. Versorgungsaufwendungen) der Stadt Pforzheim in der Finanzverwaltung. Dort summieren sich die anfallenden Personalkosten der Bereiche Finanzverwaltung einschließlich Zahlungsverkehr und Steuern auf gut 3,6 Mio. €. Der Haushaltsplan 2014/2015 in Hagen weist für diese Bereiche eine Summe von über 6,3 Mio € aus.

Aber die Zeitung führt doch noch weitere Beispiele an, Koblenz, Bremerhaven und Hildesheim.

Auch hier müssen die genannten Daten überprüft werden:

Koblenz: 110.000 Einwohner. Das Musiktheater Koblenz wird vom rechtlich eigenständigen Staatsorchester Rheinische Philharmonie bespielt. Dieses besteht aus über 80 Musikern. Der tatsächliche Finanzbedarf beträgt mind. 5 Mio. €, allerdings trägt die Hälfte das Land.

Hildesheim: 103.000 Einwohner. Der Zuschuss für das Orchester wurde mit 1,8 Mio. angegeben. Das Orchester besteht derzeit aus 39 Musikern. Zusätzlich existiert eine Band. Der Personalaufwand in der Spielzeit 13/14 beträgt dafür mindestens 2,5 Mio. €. Der Gesamtzuschussbedarf des Theaters liegt in der Spielzeit 13/14 bei 14 Mio. €, in der aktuellen Spielzeit nochmals höher

Bremerhaven: 116.000 Einwohner. Das Orchester des Theaters hat 55 Musiker. Der Zuschussbedarf des Theaters beläuft sich 2015 auf 12,2 Mio. €. Dabei muss berücksichtigt werden, dass keine Miete für die Gebäude, sehr geringe Bewirtschaftungskosten, äußerst niedrige EDV-Kosten sowie keine Verwaltungsumlagen anfallen.

Warum werden denn diese offensichtlich nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechenden Angaben nicht öffentlich richtig gestellt?

Die Theaterleitung hat in einem offenen Brief sofort reagiert, aber dies wird in der öffentlichen Meinung nicht in dem gleichen Maße transportiert und akzeptiert wie plakative Behauptungen. Wenn die öffentliche Darstellung erst einmal eine emotionale Stufe der Rezipienten erreicht hat, nimmt die Bereitschaft zu einer sachliche Betrachtung naturgemäß immer weiter ab.

Und was heißt das für die anstehenden Entscheidungen bezüglich der Einsparungen im Kulturbereich?

Zunächst einmal muss bei der Betrachtung aller Vergleichszahlen von anderen Theatern die Bereitschaft bestehen, nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen sondern seriöse Vergleiche anzustellen. Wie könnte es sonst sein, dass das Theater Hagen in NRW mit dem niedrigsten Zuschuss vergleichbarer Theater auskommt. Dann sollte in der Diskussion berücksichtigt werden, dass die angeführten Vergleichsstädte deutlich kleiner sind als Hagen. Auch hier ist

eine faire Betrachtung angezeigt. Wenn man sich die Zuschüsse der genannten Städte für die Theater/Orchester ansieht, dann liegt Hagen, im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen, keinesfalls darüber. Die geforderte Anpassung an die sinkende Einwohnerzahl in Hagen ist durch die Sparmaßnahmen der letzten Jahre bereits nachvollziehbar erfolgt. Es gibt selbstverständlich auch Städte mit weitaus geringerer Einwohnerzahl als Hagen, deren Theater über ein (teilweise weitaus) höheres Budget verfügen als das Theater Hagen. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, dass die Besucherzahlen des Theater Hagen, um die uns viele Theater beneiden, einerseits den bestehenden Bedarf in der Region ausdrücken, andererseits bei einem geforderten Abbau der Kapazitäten nicht mehr erzielt werden können. Die regionale Bedeutung des Theaters wird bei starken Eingriffen in die Qualität der Aufführungen ebenfalls abnehmen. Bei der Umsetzung von Kürzungen werden die auf der Einnahmeseite entstehenden Nachteile gern übersehen. Das Theater muss diese jedoch berücksichtigen, da sich durch sinkende Einnahmen der Zuschussbedarf wieder erhöhen bzw. die Zahlungsfähigkeit des Theaters gefährdet würde. Eine Einsparung von 1,5 Mio € bedeutet einen Personalabbau von ca. 40 Stellen. Das ist nicht ohne Auswirkungen auf die Einnahmen zu realisieren. Ebenfalls ist damit zu rechnen, dass der Landeszuschuss, der als Personalkostenzuschuss gewährt wird, bei dem absehbaren Personalabbau gekürzt wird.

Wenn nun aber für den Erhalt der finanziellen Selbstständigkeit und kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt diese schmerzhaften Kürzungen trotz aller bestehenden Konsequenzen unumgänglich sind, was muss dann geschehen?

Hier sind die Entscheider gefragt, ihre Entscheidung auf einer nachvollziehbaren Grundlage und in der Verantwortung für die Stadt Hagen zu treffen. Beim ersten Beschluss über die 10%-Kürzung im Kulturbereich scheint man die Tragweite einer Umsetzung dieses Beschlusses nicht vollständig erfasst zu haben. Das sollte nicht ein zweites Mal geschehen. Das Theater Hagen ist ein Theater für die Stadt Hagen, eine Einrichtung der Stadt für ihre Bürger und die Region. Wenn die Stadt Hagen ihr Theater anders gestalten möchte, als es sich heute darstellt, dann muss darüber entschieden werden, wie es zukünftig aussehen soll und welche Rahmenbedingungen für eine Umsetzung dieses Zieles eingehalten werden müssen. Bislang stand als Rahmen fest, dass trotz der städtischen Konsolidierungsbemühungen der Erhalt aller Sparten gesichert werden soll. Dazu bedarf es allerdings einer sachlichen Grundlage und der Beachtung auch der rechtlichen Voraussetzungen, die dem Theater für eine Umsetzung zur Verfügung stehen. Die bisherige Aufgabenstellung lautete, bei Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen den Zuschussbedarf ab 2018 um 1,5 Mio. € zu senken, da laut Haushaltssanierungsplan der städtische Haushalt ab 2018 um diese Summe dauerhaft entlastet werden muss. Ein Wechsel von Personal des Theaters zurück zur Stadt führt nicht zu einer Entlastung des Haushaltes, sondern verlagert nur Personal aus dem Kultur- in den Verwaltungsbereich. Die bisherigen Prämissen sind insoweit zu überdenken und, auch unter Beachtung der rechtlichen Möglichkeiten der Beschäftigten und der Gesellschaft, neu zu definieren.

THEATERHAGEN IN REPRÄSENTATIVEN UMFRAGEN

RADIO HAGEN **Das Theater Hagen ist eine wichtige Einrichtung in der Stadt**

107.7 Radio Hagen gab am 11. August 2015 in seinen Lokalnachrichten bekannt, dass seine durchgeführte Umfrage eine große Zustimmung für das Theater Hagen ergeben hat. Auf die Frage „Braucht Hagen ein eigenes Theater“ antworteten 76 Prozent der Teilnehmer mit „Ja“. Weiterhin lautete die Meldung: „Diese Zustimmung zieht sich durch alle Altersgruppen, unabhängig von Beruf oder Bildung. Die Umfrage ist repräsentativ für die internetnutzende Bevölkerung.“ Dieses Ergebnis belegt in beeindruckender Weise die Bedeutung und den wichtigen und herausragenden Stellenwert des programmatisch so vielseitigen Mehrsparten-Hauses für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

DIE DEUTSCHE BÜHNE **Herausragende Beiträge zur Oper und zum Tanz**

Im Rahmen der jährlich durchgeführten und weitgefassten Umfrage der renommierten Theater-Zeitschrift „Die deutsche Bühne“ zur Beurteilung deutscher wie deutschsprachiger Bühnen und ihrer Aufführungen in der Spielzeit 2014/15 erhielt das Hager Theater drei Nennungen, und zwar unter den Rubriken „Ungewöhnlich überzeugende Theaterarbeit abseits großer Theaterzentren“: Theater Hagen, unter „Herausragender Regiebeitrag zur aktuellen Entwicklung der Oper“: Roman Hovenbitzer mit der Oper „Vanessa“, und unter „Herausragender Beitrag zur aktuellen Entwicklung des Tanzes“: Ricardo Fernandos Festival „Farben des Tanzes“.

WELT AM SONNTAG **Beste Inszenierung, bestes Opernhaus**

Auch in diesem Jahr haben mehrere Kritiker die vergangene Spielzeit der NRW-Musiktheater bewertet, deren Ergebnisse in der NRW-Ausgabe der „Welt am Sonntag“ im Juli 2015 veröffentlicht wurden. Das Theater Hagen kann sich mehrfacher, ausschließlich positiver Nennungen erfreuen: So wurde die Aufführung der Barber-Oper „Vanessa“ zweimal als „Beste Inszenierung“ beurteilt, das Theater Hagen zusammen mit dem Theater Krefeld-Mönchengladbach einmal als „Bestes Opernhaus“ betitelt, und auch in der Kategorie „Was sonst noch zu sagen ist“ erwähnt mit Sätzen wie „Hagen überrascht immer wieder mit exzellenten Produktionen“, „Kleinere Häuser wie Hagen überflügeln die großen Opernhäuser mit ihrer Fantasie in der Programmgestaltung“ und „Anerkennenswertes Engagement auch kleinerer Häuser für die zeitgenössische Oper: ‚Vanessa‘ von Barber in Hagen“.

IMPRESSUM

Theater Hagen gGmbH
Elberfelder Str. 65 · 58095 Hagen · Tel.: 02331/207-3210
Postal: Postfach 4260, 58042 Hagen · Amtsgericht Hagen - HRB 9873
Aufsichtsratsvorsitzender: Sven Söhnchen
www.theaterhagen.de

THEATERLEITUNG

Intendant Norbert Hilchenbach
Generalmusikdirektor Florian Ludwig
Geschäftsführer und Verwaltungsdirektor Michael Fuchs